

Ein Vorschlag zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen.

Von Univ.-Prof. Dr. Robert Stigler.

In der gegenwärtigen stürmischen Uebergangszeit von einer historischen Epoche in eine neue, in vieler Hinsicht ganz verschiedene, wäre die, wenn auch nur mittelbare Teilnahme des ganzen Volkes an den Reformen des Staatslebens aus verschiedenen Gründen wertvoll. Derzeit lastet aber die Aufgabe der Lösung der Staatsprobleme ausschließlich auf den Schultern der Regierung und des Parlaments, wofür letzteres die einzige verfassungsmäßige Verbindung zwischen dem Volk und der Regierung darstellt. Dem Nichtpolitiker ist es weder möglich, seine Ansicht und seine vielleicht für das Staatswohl wichtigen Vorschläge der Regierung zur Kenntnis zu bringen, noch sich bezüglich politischer oder wirtschaftlicher Vorgänge, welche die Öffentlichkeit angehen, offizielle Aufklärung zu holen. Andererseits hat auch die Regierung keine Möglichkeit, sich Kenntnis des Volkswillens, das heißt der politischen und wirtschaftlichen Anschauungen des intellektuell und moralisch hervorragendsten Teiles der Bevölkerung, zu verschaffen. Darin liegt zweifellos ein Mangel unserer Verfassung und Verwaltung, der, wie mir scheint, einer raschen und gründlichen Abhilfe bedarf. Es wird ja wohl niemand der Meinung sein, daß es ein ausschließliches Vorrecht der Berufspolitiker sei, die zur Lösung der Staatsfragen geeigneten Mittel ausfindig zu machen, und daß die Anschauungen der Nichtberufspolitiker für die Regierung gleichgültig seien. Gerade die intelligentesten und tüchtigsten Männer sind vielfach durch anderweitige Interessen oder Pflichten verhindert, sich der Politik zu widmen, ihre Meinung kommt aber jetzt, wo es des Rates der Auserlesenen bedarf, sehr in Betracht. Gerade der Mann, welcher der Berufspolitiker fernsteht, kann in seinem unbereinigtem, durch Parteibestrebungen nicht beirrten Gedankengang neue gangbare Wege finden, welche zu dem einen oder andern früher unerreichten Ziel der Regierung führen. Die Kenntnis der Volksmeinung ist für die Regierung aus zwei Gründen wertvoll: einerseits, weil sie ihr zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme dienen kann, andererseits, weil die Vernachlässigung oder Nichtbeachtung des Volkswillens, etwa aus Unkenntnis desselben, kritische Folgen nach sich ziehen kann, ganz besonders in unruhigen Uebergangsperioden.

Es ist einem der Berufspolitiker fernstehenden Staatsbürger derzeit fast unmöglich, seine Vorschläge der Regierung zur Kenntnis zu bringen. Versuchte er dies dennoch, so würde er von der von ihm molestierten Behörde wenn schon vielleicht sogar angehört, so doch sicher nur belächelt und mit dem Verweis auf eine andre, „kompetentere“ Stelle weitergeschoben werden, bis ihm die Lust an der Betätigung seines Patriotismus durch Mitarbeit an der Ordnung der Staatsgeschäfte gründlich verginge. Die durch Generationen hindurch gepflogene Abweisung jeder privaten Mitbeteiligung des Volkes an der Regierung hat denn auch in Oesterreich zu einer auf der ganzen Welt leider unruhig bekanntem politischen Indolenz der Bevölkerung geführt, welche dem Staatswohl zweifellos nicht

förderlich war; denn eine zielbewusste Bevölkerung, deren Herz mit dem der Regierung mitpulsiert, trägt zur Unterstützung der letzteren sicher sehr viel bei.

Ich glaube, daß es höchste Zeit ist, den genannten Uebeln der Ausschließung des Volkes von der Teilnahme an den Beratungen von Fragen der Staatsverwaltung zu begegnen, und halte, da eine das gleiche Ziel verfolgende Umgestaltung des Parlaments gegenwärtig kaum durchführbar ist, für das geeignetste Mittel hierzu die Schaffung ständiger Volksberatungsanstalten, welche aus Volksräten und einer hinlänglich großen Zahl dieser untergeordneten Experten bestünden.

Die Volksberatungsstelle hätte einerseits die Aufgabe, das öffentliche Wohl betreffende Anregungen von privater Seite entgegenzunehmen, zu prüfen und gegebenenfalls der Regierung zur Durchführung vorzuschlagen, andererseits politische oder volkswirtschaftliche Anfragen zu beantworten und dadurch aufklärend und beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken.

Es ist von vornherein anzunehmen, daß weitaus die Mehrheit der Vorschläge und Anfragen, welche an die Volksberatungsstelle gestellt würden, praktisch wertlos wären und mit entsprechender Aufklärung kurzerhand abgetan werden könnten. Gerade diese aufklärende Tätigkeit der Volksberatungsstelle hätte einen enormen erzieherischen Wert für das Volk, sie würde gewissermaßen jedem einzelnen die Möglichkeit der, wenn auch nur mittelbaren Teilnahme am Staatsbetrieb eröffnen und ihn von dem demütigenden Gefühl befreien, bloß ein „stimmloser Untertan“ zu sein. Gar mancher Keim zum stillen Groll gegen Regierung und Staatsgewalt würde dadurch aus der Welt geschafft, und das scheint mir in unserer Zeit außerordentlich wichtig.

Es ist mir nun allerdings von berufenster Seite entgegengehalten worden, daß es einerseits jedermann unbenommen sei, seine Vorschläge oder Anfragen im Wege einer Eingabe an die zuständige Behörde zu leiten, und daß andererseits das Parlament den Volkswillen zum Ausdruck bringe. Dieser Meinung dürften sich wohl kaum viele unserer Mitbürger anschließen; denn der Erfolg öffentlicher Einrichtungen betreffender Eingaben an „zuständige“ Behörden entspricht trotz der meist außerordentlich langen Latenzzeit ihrer Erledigung wohl nur sehr selten den Erwartungen des Antrag- oder Fragestellers. Und was den „Volkswillen“ anbelangt, so wäre es geradezu ein Wunder, wenn derselbe durch einen doch mehr oder weniger nur von einer bestimmten Parteileitung gewählten und mit dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung in gar keiner Berührung stehenden Abgeordneten tatsächlich zum Ausdruck gebracht werden könnte; überdies sind bei der Wahl des Abgeordneten meist rein parteipolitische Beweggründe maßgebend, für welche sich aber die Mehrheit der Bevölkerung schon aus mangelhafter Orientierung in politischen Fragen weit weniger interessiert als für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Ich denke mir die Zusammensetzung und Arbeit einer ständigen Volksberatungsstelle in folgender Weise: Jeder Bezirk hätte einen Volksrat zu wählen und diesem unterstünden mehrere Experten als sachverständige Vertreter der hauptsächlichsten Berufsclassen des betreffenden Bezirkes (zum Beispiel Vertreter akademischer Berufe, des Handelsstandes, der Handwerker, der Fabrikarbeiter etc.). Die Experten hätten die aus dem Publikum stammenden Vorschläge oder Anfragen entgegenzunehmen und zu prüfen, die einfachsten derselben selbst kurzerhand zu erledigen, die ernsteren und schwierigeren aber dem Volksrate vorzulegen. Die Volksräte hätten das ihnen übergebene Material nochmals zu überprüfen und über die eventuelle Weiterleitung desselben an die Regierung zu entscheiden. Diese verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe der Volksräte setzt voraus, daß zu Volksräten nur Männer von hoher Intelligenz und Bildung und tadellosestem Charakter gewählt würden. Die größte Schwierigkeit dürfte die Befolgung der Volksräte und Experten bieten; diese Frage wird sich viel leichter beantworten lassen, wenn sich einmal die Einrichtung der Volksberatungsstellen offenkundig bewährt haben wird. Am schwierigsten ist es, über den Anfang hinweg-

zukommen. Vielleicht gelingt dies durch die Gründung einer privaten Vereinigung zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen. Einem derartigen Verein stiele die Aufgabe zu, die Bevölkerung durch Vorträge und Mitteilungen in Tagesblättern über die Bedeutung der Volksberatungsstellen zu unterweisen, die Bestellung von Volksräten und Experten in verschiedenen Bezirken anzustreben und die wohlwollende Unterstützung der Volksberatungsstellen durch die Regierung zu erwerben. Jegliche Parteipolitik wäre von den Volksberatungsstellen bedingungslos auszuschließen.

Mehr als detaillierte Pläne wird die Erfahrung über die zweckmäßige Leitung und Ausgestaltung der Volksberatungsstellen lehren. Viel besser als jede private Institution wäre natürlich die zweckdienliche Umgestaltung des Parlaments zu einer Volksberatungszentrale mit Experten der verschiedenen Berufsgattungen. Vielleicht werden private Volksberatungsstellen ein Uebergangsstadium zu diesem weit höheren Ziele darstellen. Möge es diesem Vorschlage gelingen, einen der guten Sache förderlichen Gedankenaustausch anzuregen!

2. VIII. 1917

103